

Bestraft genug



Peter Mlodoč
zum Edathy-Prozess

Kann es für Kinderpornografie überhaupt eine milde Strafe geben, vielleicht sogar eine Einstellung des Verfahrens? Ja, es kann – so widerlich solche Fotos oder Filme auch sein mögen. Das gilt für den unbekanntesten ebenso wie für den prominenten Verdächtigen. Die Edathy zur Last gelegten Delikte wiegen wegen Art, Dauer und Häufigkeit nach Ansicht des Verdenener Landgerichts offenbar nicht so schwer, als dass dafür Haft in Betracht käme. Ist man aber nur im Bereich der Geldstrafe, ist der Gedanke an ein schnelles Prozessende gegen Geldauflage nicht abwegig.

Im Gegenteil: Es spricht in der Tat viel für eine solche Einigung. Noch ist überhaupt nicht sicher, ob die Staatsanwaltschaft Edathy die Taten eindeutig beweisen kann. Auf der anderen Seite ist der 45-Jährige bestraft genug: Job, Karriere, Ansehen, Freunde – alles hat er verloren. Edathy wird zumindest in Deutschland kein normales Leben mehr führen können. Aber vor einer Einstellung müsste er einen Schritt auf die Gesellschaft zugehen und seine Selbstgefälligkeit aufgeben. Der Staat darf von ihm ein klares Wort des Bedauerns und der Reue einfordern. Sollte Edathy dazu nicht bereit sein, was natürlich sein gutes Recht wäre, müsste der Prozess bis zum bitteren Ende durchgeführt werden. hannover@weser-kurier.de



Ganz trocken



André Fesser
über Bremer Trinkwasser

Es gibt ein paar Dinge in unserer Gesellschaft, die sind so selbstverständlich, dass man gar nicht mehr über sie nachdenkt: Wer morgens eilig unter die Dusche springt, sich anschließend einen Kaffee zubereitet und vor dem Weg zur Arbeit auch noch einen Apfel abwäscht, der macht sich keine Gedanken, woher das Wasser eigentlich stammt, das man für all diese Tätigkeiten benötigt. Nein, es kommt eben nicht einfach aus dem Hahn in der Wand, sondern in der Regel tief aus der Erde. Und es wird mitunter über große Strecken zu uns in die Wohnungen transportiert.

An einigen Orten auf diesem Planeten wird um den Zugang zu Wasser heftig gestritten. Rund um den Nil zum Beispiel raseln die Anrainer immer wieder heftig mit den Säbeln, wenn sie Gefahr laufen, von der Wasserversorgung abgeschnitten zu werden, weil wieder mal jemand einen Staudamm bauen möchte. So weit ist es zwischen Verden und Bremen zwar noch nicht, denn der Verdenener Trinkwasserverband will Bremen ja ganz ausdrücklich auch weiterhin mit Wasser versorgen. Sollte da irgendjemand aber mal auf andere Ideen kommen, dann sitzt die stolze Hansestadt an der Weser im wahrsten Sinne des Wortes auf dem Trockenen.

Im Moment ist es genau umgekehrt: Glaubt man Untersuchungen, dann legen die Bremer mit ihrem Wasserkonsum das Umland trocken und verursachen so Schäden an der Natur und dem Eigentum anderer. Genau dies sollte Verbrauchern und Entscheidern ein Anlass sein, darüber nachzudenken, ob es nicht anders geht. Umweltschützer fordern somit fortwährend und zurecht, dass Bremen sich endlich um Alternativen bemüht und nicht immer nur das Nass der anderen verbraucht. Ergebnisse sind dringend vonnöten, denn sonst könnte das Schmähdied „Alle Bremer stinken, weil sie aus der Weser trinken“ irgendwann Realität werden. Und das will man ja auch nicht. andre.fesser@weser-kurier.de

Ende in Sicht



Silke Looden
über Eintagsküken

Laut Tierschutzgesetz dürfen Tiere nur aus vernünftigem Grund getötet werden. Aus Profit werden jedes Jahr dennoch 45 Millionen männliche Küken in Deutschland getötet, weil sie weder Eier legen noch Fleisch ansetzen. Um einen vernünftigen Grund zu finden, wurden die Brüder der Legehennen in Niedersachsen im besten Fall als Futter an Zoos verkauft. Hühnerhalter zeigten Erbarmen, mästeten die Hähne und vermarkteten ihr Fleisch gegen Aufpreis für ein gutes Gewissen.

Das gute, alte Huhn, das noch Eier legen und Fleisch ansetzen konnte, hat sich überlebt. Einfach weggezichtet, um Hühner zu haben, die noch mehr Eier legen oder noch mehr Fleisch ansetzen. Die Idee des früheren niedersächsischen Landwirtschaftsministers Gert Lindemann von der Rückzüchtung zum Zweinutzungshuhn hatte in einer spezialisierten Landwirtschaft keine Chance.

Dafür hat die Forschung im Auftrag des Bundes hart daran gearbeitet, die Geschlechtsbestimmung im Ei praxistauglich, also preiswert zu machen. Damit besteht eine realistische Chance, das millionenfache Küken töten in deutschen Brutereien zu beenden, ohne die Produktion ins Ausland zu verlagern. Wenn die Brüder der Legehennen nicht mehr ausgebrütet werden, hat sich ein Küken tötungsverbot eigentlich erledigt. silke.looden@weser-kurier.de

EUROPAPOLITIKER JOACHIM SCHUSTER ÜBER CETA UND TTIP

„Keine privaten Schiedsgerichte“

Der Zwist über die geplanten Freihandelsabkommen der EU mit Kanada (Ceta) und den USA (TTIP) geht weiter. Besonders umstritten: die Investorenschutz-Klauseln. Sie könnten es Konzernen ermöglichen, Staaten vor privaten Schiedsgerichten zu verklagen. Alexander Pitz hat mit dem Bremer Europaabgeordneten Joachim Schuster (SPD) über das heikle Thema gesprochen.

Herr Schuster, die Vorbehalte in der deutschen Bevölkerung gegenüber TTIP und Ceta nehmen zu. Die kritischen Stimmen gewinnen die Oberhand. Sehen Sie überhaupt noch eine realistische Chance auf einen Erfolg der Abkommen?
Joachim Schuster: Die Wahrscheinlichkeit, dass man zu einem Abschluss kommt, ist relativ hoch. Bei Ceta liegt der Text bereits vor. Allerdings ist er so nicht zustimmungsfähig, weil es noch wichtiger Änderungen bedarf. Das sehen inzwischen viele Verantwortliche so, wie sich jüngst beim Treffen der sozialdemokratischen Parteichefs in Madrid gezeigt hat. Was TTIP angeht, ist die Prognose schwieriger, weil man nicht voraussagen kann, wie die Amerikaner bei den Verhandlungen reagieren werden.

Werden denn die Kanadier beim Hauptstreitpunkt Investitionsschutz zum Einlenken bereit sein? Ceta ist, wie Sie sagen, im Grunde ja bereits ausverhandelt. Ich glaube schon, dass sie am Ende einlenken. Es ist schließlich nicht so, dass wir keinen Investitionsschutz wollen. Wir wollen nur einen anderen Streitbeilegungsmechanismus. Das heißt: keine privaten Schiedsgerichte. Stattdessen sollen entweder die nationalen Gerichte für alles zuständig sein, oder es wird ein echter internationaler Handelsgeschichtshof eingerichtet. Dasselbe gilt dann natürlich für TTIP.

Wie müsste ein solcher Gerichtshof Ihrer Meinung nach gestaltet sein?
Die wichtigste Frage ist: Wer sind eigentlich die Richter? Es kann nicht sein, dass – wie bei privaten Schiedsgerichten üb-

lich – Leute aus Anwaltskanzleien die Entscheidungen treffen, die ansonsten hauptsächlich für multinationale Konzerne arbeiten. Die Richter müssen wirklich unabhängig sein. Zudem brauchen wir vollständige Transparenz bei den Verfahren. Und es muss sichergestellt werden, dass die Staaten weiter regulieren dürfen. Wenn ein Land beispielsweise die Umweltschutzstandards erhöht, darf das kein Klagegrund sein.

Ihr Parteichef Sigmar Gabriel, der zugleich Wirtschaftsminister ist, hatte solche Korrekturen anfangs gar nicht auf der Agenda. Hat ihn der linke Flügel der SPD in puncto Freihandel zu einer kritischeren Haltung gezwungen?
Es ist gut, dass Gabriel diese Position inzwischen auch vollumfänglich vertritt. Ich glaube, sein Zögern hatte damit zu tun, dass er zunächst schwer abschätzen konnte, ob die Regierungen der anderen EU-Länder mitziehen würden. Ich hoffe natürlich, dass er seine Linie nun konsequent vertritt.

Bisher war es so, dass gerade deutsche Unternehmen oft von den Urteilen privater Schiedsgerichte profitiert haben. Wie wollen Sie die deutsche Wirtschaft vom neuen Modell überzeugen?
Bislang ging es bei den Verfahren vor allem um Probleme in sogenannten Willkürstaaten. Wo es ein funktionierendes Rechtssystem gibt, muss sich auch die deutsche Wirtschaft damit abfinden, dass es für solche Streitigkeiten ordentliche Gerichte gibt.

Kann Deutschland, falls es nicht gelingt, die gewünschten Regeln durchzusetzen, Ceta und TTIP scheitern lassen?
Ich finde, das müssten wir dann sogar tun. Die direkten ökonomischen Vorteile für Europa wären ohnehin nicht sehr groß. Es geht in erster Linie darum, vernünftige weltwirtschaftliche Standards zu schaffen. Wenn das nicht gelingt, lohnen sich solche Abkommen gar nicht. Ich bin aber zuversichtlich, dass wir diese Standards gemeinsam schaffen können.

Bei der Abstimmung im Europaparlament würden Sie als Abgeordneter die



Zur Person
Joachim Schuster (52) ist Abgeordneter des Europaparlaments und Mitglied des Ausschusses für internationalen Handel. Zuvor war der SPD-Politiker Staatsrat in Bremen.

Verträge also ablehnen, wenn Kanadier und Amerikaner nicht zu Zugeständnissen bereit sind?
Ja, ganz sicher.

Die Vertreter des Freihandels argumentieren, wenn TTIP scheitert, werde nur China profitieren, weil es dann in der Lage wäre, die eigenen Standards weltweit durchzusetzen – etwa bei der Produktion von Maschinen. Ist diese Sorge berechtigt?

Das sind nur Spekulationen. Selbst wenn wir gemeinsame Standards mit den USA schaffen, ist es keineswegs gesichert, dass die Chinesen sich daran halten. China ist der aufstrebendste und bald größte Markt der Welt mit entsprechender politischer Macht. Statt auf Kraftmeierei zu setzen, sollten wir Europäer daher auch mit China vernünftig reden.

Können Sie skizzieren, welche Bedeutung Ceta und TTIP eigentlich für die Hafen- und Handelsstadt Bremen haben?

Die bremische Wirtschaft hat einen hohen Exportanteil, auch in Richtung Nordamerika. Starke Säulen wie das Mercedes-Werk könnten ebenso wie der Mittelstand etwa von Vereinheitlichungen bei den Industrienormen profitieren. Zudem wird ein erheblicher Anteil des Handels mit Nordamerika über unsere Häfen abgewickelt. Insofern wäre es positiv, wenn Ceta und TTIP den bremischen Unternehmen den Zugang zu den nordamerikanischen Märkten erleichtern würden.



Hoffen und bremsen: DIHK-Präsident Eric Schweitzer (links) und BDI-Präsident Ulrich Grillo (rechts) wollen rasch die Freihandelsabkommen nutzen, Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) muss unter Druck der eigenen Partei nachverhandeln. FOTO: IMAGO

PRESSESTIMMEN

Der Tagesspiegel

zum Masernausbruch in Berlin: „Eine Impfpflicht ist dennoch falsch. Zum einen rührt sie am Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit. (...) Vor allem aber wird sich die Pflicht kaum durchsetzen lassen. Wer seinem Kind die schützende Impfung verwehren will, wird Schlupflöcher finden. Es gibt auch in der Ärzteschaft Skeptiker, die bei Bedarf Atteste für diverse Hinderungsgründe ausstellen dürften. Mit Zwang lässt sich die Impfmoral nicht erhöhen. Das dürfte schon eher mit Beratungen gelingen, die verpflichtend für Eltern eingeführt werden sollen.“

Stuttgarter Zeitung

zum selben Thema: „Wenn sich jemand bewusst gegen eine Impfung entschieden hat, dann muss er persönlich damit im Falle einer Erkrankung zu recht kommen. Doch bei einer Epidemie sind auch Kleinkinder gefährdet, die noch nicht geimpft werden können. Spätestens hier kommt die Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft ins Spiel. Und auch die Verantwortung von Eltern gegenüber ihren größeren Kindern: Wenn sie ihren Nachwuchs zwecks absichtlicher Infektion zu sogenannten Masernpartys bringen, dann halten dies viele Kinderärzte angesichts der möglichen Komplikationen für verantwortungslos.“

Badische Neueste Nachrichten

zum heutigen Koalitionsgipfel: „In der Zwischenzeit hat das Arbeitstempo der Großen Koalition merklich nachgelassen, manche Sitzungen des Kabinetts haben nur einen oder zwei Tagesordnungspunkte. Insofern kommt der Gipfel der Berliner Parteichefs am heutigen Dienstag zur rechten Zeit, um die Koalitionäre aus ihrer innenpolitischen Trägheit zu reißen und sie daran zu erinnern, dass auch im eigenen Land noch einiges zu tun ist.“

WESER-KURIER LIVE



Dieses Symbol kennzeichnet **Augmented-Reality-Effekte**. Das heißt: Mit Ihrem Smartphone, Tablet-PC und der App **WESER-KURIER Live** (kostenlos im App-Store und bei Google Play) können digitale Inhalte wie Videos, Audios, Bilderstrecken oder Internetseiten und weitere Informationen abgerufen werden. Bei aktivierter App auf „Scan“ tippen, mit der Kamera das Bild erfassen und schon wird der **WESER-KURIER** lebendig!

WESER KURIER
BREMER ZEITUNG - UNABHÄNGIG UND ÜBERPARTeilICH

Bremer Nachrichten
WESER-ZEITUNG - DIE NORDDEUTSCHE
unabhängig und überparteilich

Verdenener Nachrichten
TAGESZEITUNG FÜR STADT UND KREIS VERDEN
unabhängig und überparteilich

Bremer Tageszeitungen AG
Martinststraße 43, 28195 Bremen
Chefredaktion: Moritz Döbler (v.i.S.d.P.), Silke Hellwig
Geschäftsführender Redakteur: Christian Wagner
Chef vom Dienst: Daniel Killy

Chefreporter: Jürgen Hinrichs - Chefreporter Kultur/Medien:
Dr. Hendrik Werner - Politik: Joerg Helge Wagner
Wirtschaft: Andreas Kölling - Kultur: Iris Hetscher
Bremen und Regionalleitung: Peter Volth
Sport: Marc Hagedorn - Vermischtes: Jürgen Beermann
Regionales: Antje Berstelmann, Michael Brandt, Harald Laube
Layout: Stephan Meiniking - Redaktionelle Projekte:
Stefan Dammann - Büro Berlin: Norbert Holst, Alexander Pitz
Büro Hannover: Peter Mlodoč

Bezugspreis bei Zustellung im Bremer Wirtschaftsraum
monatlich 29,90 € einschließlich 7% USt.

Für den Anzeigenteil verantwortlich:
Michael Sulenski, Leiter Vermarktung
Anzeigenpreise und -bedingungen nach Preisliste Nr. 69.

Öffnungszeiten Kundenzentrum im Pressehaus Bremen:
montags bis freitags von 9 bis 18 Uhr, sonnabends von 9.30 bis
14 Uhr. Telefonisch erreichen Sie uns montags bis freitags von
6.30 bis 18 Uhr, sonnabends von 7 bis 12 Uhr und sonntags von
8 bis 12 Uhr. Öffnungszeiten unserer regionalen Zeitungshäuser
entnehmen Sie bitte Ihrer beigefügten Regionalausgabe.

Verlag:
Telefon: 04 21 / 36 71 0 Telefax: 04 21 / 36 71 10 00

Abonnenten-Service:
Telefon: 04 21 / 36 71 66 77 Telefax: 04 21 / 36 71 10 20
E-Mail: abonnentenservice@weser-kurier.de
abonnentenservice@bremer-nachrichten.de

Nachliefer-Service: (bis 11 Uhr):
Telefon: 0800 / 36 71 22 22
*Kostenlos aus dem Festnetz, Mobilfunktarife können abweichen

Redaktion:
Telefon: 04 21 / 36 71 0 Telefax: 04 21 / 32 83 27
E-Mail: redaktion@weser-kurier.de
redaktion@bremer-nachrichten.de

Anzeigenannahme:
Telefon: 04 21 / 36 71 66 55
Telefax: 04 21 / 36 71 11 00 (Anzeigen)
Telefax: 04 21 / 36 71 10 10 (Kleinanzeigen)
E-Mail: anzeigen@weser-kurier.de
anzeigen@bremer-nachrichten.de